

Grenzen & Barrieren der Energiearmutsbekämpfung

Eine qualitative Analyse betroffener Haushalte in Graz

Christoph Manuel Steiner, BA

christos@edu.uni-klu.ac.at

August 2014

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut.....	5
3.2. Top - down Barrieren	9
3.3. Bottom – up Barrieren.....	10
4. Empirischer Teil: Interviews mit betroffenen Haushalten	11
4.1. Methodik.....	11
4.2. Analyse der Betroffeneninterviews.....	12
4.2.1. <i>Multiple Lebens- & Belastungssituationen</i>	12
4.2.2. <i>Barrieren bei der Inanspruchnahme von Maßnahmen</i>	14
5. Maßnahmen zur Überbrückung von Barrieren	15
6. Conclusio	16
7. Quellenverzeichnis	17

1. Einleitung

In der Debatte um leistbare Energieversorgung von Privathaushalten wird in den letzten Jahren zunehmend der Begriff der Energiearmut aufgeworfen. Energiearmut beschreibt das Phänomen des erschwerten Zugangs zu adäquater und bezahlbarer Energie und ist eine Querschnittsmaterie zwischen Energie-, Sozial- und Wohnungspolitik. Laut Internationaler Energieagentur ist das Phänomen vor allem an drei Aspekten festzumachen: Geringes Haushaltseinkommen, hohe Energiepreise und eine (aus energetischer Sicht) schlechte Wohnqualität.

Energiearmut beschränkt sich überdies nicht lediglich auf hohe Energiekosten im Haushalt, sondern auch auf Bereiche wie Gesundheit, Gebäudestruktur und Einkommen. Betroffene Personen befinden sich insofern meist in multiplen Problemlagen – die überdurchschnittliche Belastung durch Energiekosten ist daher oftmals nur ein Aspekt einer weit umfassenderen Situation. Maßnahmen zur Reduzierung von Energiearmut haben insofern auch Aspekte zu berücksichtigen, die über eine rein finanzielle Belastung hinausgehen.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die bestehende Förderstruktur sowie bestehende Barrieren und Grenzen bei der Inanspruchnahme von Maßnahmen gegen Energiearmut seitens betroffener Haushalte. Anhand qualitativer Betroffeneninterviews soll im empirischen Teil auf die vielfältigen Problemlagen und Handlungsmuster energiearmer Haushalte in Graz eingegangen, sowie Erfahrungen bei der Inanspruchnahme von Maßnahmen rekonstruiert werden.

Der vorliegende Bericht schließt an die Studie „Energiearmut in der Grazer Bevölkerung: Situationsanalyse und politischen Handlungsoptionen“ (Seebauer& Steiner 2013) an. Die hier aufgeworfenen Themen der Energiearmutsgefährdung und der Wirkung von Maßnahmen werden aus Sicht der, von Energiearmut Betroffenen, vertieft. Der Fokus wird hierbei auf die Sicht der betroffenen Haushalte gelegt; wichtige baustrukturelle und energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen werden in diesem Bericht explizit ausgeklammert. Im Erkenntnisinteresse stehen deren Erfahrungen und Bewertungen mit Akteuren und Angeboten der vorhandenen Förderstruktur. Im Zuge qualitativer, problemzentrierter Haushaltsinterviews wurde daher insbesondere auf folgende Fragestellungen eingegangen:

- Wie ausgeprägt ist das Wissen über bestehende Angebote zur Entlastung von Haushalten?
- Welche Hürden bestehen bei der Inanspruchnahme von Energieeffizienzmaßnahmen?
- Welche Bewältigungsstrategien wenden energiearme Haushalte an?
- Wie können bestehende Hürden & Handlungsbarrieren überwunden werden?

Der Zugang zu den betroffenen Haushalten erfolgte mit Hilfe von sozialen Hilfsorganisationen (Caritas) sowie dem Referat für Sozialarbeit- und Sozialbetreuung der Stadt Graz. Kriterien für die Auswahl waren ein Einkommen unter der Armutsgrenze sowie eine explizite Problemsituation in Hinblick auf Energiearmut (etwa erheblicher Zahlungsverzug bei Strom- oder Gasrechnung, erfolgte Abschaltung, desolater Zustand der Wohnung in Hinblick auf deren Energieeffizienz etc.). In Summe wurden 6 Betroffeneninterviews durchgeführt.

Rahmenbedingungen der EU: Die Bedeutung von „Vulnerable Consumers“

Rahmenbedingungen zur Berücksichtigung besonders schützenswerter Personengruppen bei der Implementierung von Politikinstrumenten zur Energieeffizienzsteigerung – und in weiterer Folge Energiearmutsbekämpfung – wurden bereits seitens der Europäischen Union formuliert. Die EU – Legislatur für Energiemärkte sieht eine besondere Berücksichtigung von sogenannten „Vulnerable Consumers“¹ – Personen, deren Handlungsspielraum stark eingeschränkt ist – vor.²In der Energiearmuts – Forschung wird zudem betont, dass bei bestimmten Personengruppen (etwa PensionistInnen, sozial benachteiligten MigrantInnen) überdurchschnittlich oft Handlungsbarrieren vorliegen würden, die ein aktives Vorgehen gegen die Problemsituation verhindern. Um solchen Haushalten einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen ist es umso wesentlicher, mögliche hindernde Faktoren bei der Inanspruchnahme von Barrieren zu kennen um Strategien zur Überbrückung zu entwickeln.

Bisher sei die Vulnerabilität bestimmter Personengruppen auf einer case – to – case Basis – wie es etwa bei Sozialen Organisationen der Fall ist – behandelt worden. Durch die Implementierung einer gemeinsamen Strategie zur Berücksichtigung der „Vulnerable Consumers“ soll versucht werden, einen sektoral – horizontalen Zugang zu finden und dieses Thema auch für politische Maßnahmen anschlussfähiger zu machen. Dies soll auch im „Consumers Programme 2014 – 2020“ explizit formuliert und behandelt werden (ECCG Plenary 2013: 4).Die „Vulnerable Consumer Working Group“ (VCWG) hat sich zum Ziel gesetzt, die Berücksichtigung solcher Personengruppen zukünftig in das Interesse der Politik zu rücken um effektive Maßnahmen zur Unterstützung zu treffen. (Vulnerable Consumer Working Group 2013: 7). Auch wurde Vulnerabilität bereits im regionalen Vergleich im EU – weiten Projekt „ReRisk – Regions at Risk of Energy Poverty“³ untersucht.

Die Europäische Union ist überdies einer der führenden „Global Player“ im Kampf gegen den Klimawandel. Explizite Maßnahmen sind im 20/20/20 Paket formuliert und sollen bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden. Wesentliche Meilensteine sind die Reduktion der Treibhausgas Emissionen um 20% sowie die Steigerung der erneuerbaren Energie auf 20%. Diese Ziele setzen mitunter auch Rahmenbedingungen im Kampf gegen Energiearmut, können jedoch auch im Konflikt mit Maßnahmen der Energiearmutsbekämpfung stehen. Eine wesentliche Herausforderung aus Sicht der EU – Politik wird daher darin bestehen, das Potential für erneuerbare Energien auch in Regionen mit niedrigeren Einkommen umzusetzen.⁴ EU – Mitgliedsstaaten werden im Zuge des „EU – Energy Efficiency Directive“ dazu aufgefordert, Energieausweise für Gebäude einzuführen. Auf Grundlage einer umfangreichen Datenbasis zur Energieeffizienz von Gebäuden⁵ können gezielte Maßnahmen gegen Energiearmut auf Stadtteilebene daher leichter durchgeführt werden. Die Maßnahmen des Energy – Efficiency Directive sollen darüber hinaus dazu beitragen Marktversagen entgegenzuwirken und Barrieren zu überwinden.⁶ Energiearmut ist überdies auch eines der drei Ziele der UN – Initiative Sustainable Energy for All (SE4All) (Richter 2013: 167).

¹ Der Begriff „Vulnerable Consumers“ ist hier nicht klar definiert und von individuellen Lebensumständen abhängig; vielmehr wird versucht zu vermeiden, dass bestimmte Personengruppen (etwa: ältere Menschen) per definitionem als „vulnerable“ bzw. verletzlich bezeichnet werden (Vulnerable Consumer Working Group 2013:7).

²http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/doc/forum_citizen_energy/20140106_vulnerable_consumer_report.pdf

³<http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/ReRISK/ReRiskfinalreport.pdf>

⁴ In diesem Zusammenhang sei etwa auch das (später diskutierte) Problem des Fernwärmeausbaus erwähnt: Erfahrungswerte zeigen etwa, dass einkommensschwache Haushalte nach einer (in Hinblick auf Feinstaub – Emissionen zu begrüßenden) Umstellung auf Fernwärme oftmals mit hohen Heizkosten zu kämpfen haben

⁵Buildings Performance Institute Europe <http://www.bpie.eu/>

⁶http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_en.htm

2. Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut

Es zeigt sich, dass ein oftmals breites Angebot an Möglichkeiten besteht, das von energiearmen Haushalten in Anspruch genommen werden kann um die Energieeffizienz im Haushalt nachhaltig zu steigern oder zumindest eine finanzielle Entlastung zu erwirken. Zahlreiche Studien belegen, dass Energieeffizienzmaßnahmen im Haushalt zu einer „win – win“ Situation führen und auf längere Sicht dabei helfen, Energie als auch Geld zu sparen. Für einkommensschwache Haushalte bestehen Angebote, die unter Berücksichtigung der jeweiligen finanziellen Situation einen Großteil der Kosten abfedern können.

Energiearmut ist als multidimensionale Thematik zu betrachten: Unterschiedliche Maßnahmen und Politikinstrumente zur Eindämmung konzentrieren sich jeweils auf unterschiedliche Aspekte von Energiearmut selbst. Maßnahmen gegen Energiearmut können anhand der drei Faktoren Energieeffizienz, Einkommen, Energiekosten unterschieden werden:

- **Energieeffizienzsteigernde Maßnahmen:** Maßnahmen, die durch eine Energieeffizienzsteigerung im Haushalt geringere Verbräuche und dadurch niedrigere Kosten erwirken. Typische Beispiele sind etwa Zuschüsse für Gebäudesanierungen aber auch Förderungen für (effizientere) Heizsysteme. Solche Maßnahmen erbringen neben einer allgemeinen Energiearmutssenkung auch Co – Benefits im Sinne einer allgemeinen Energieverbrauchs- und CO₂ Emissionsreduktion.
- **Einkommensbasierte Maßnahmen:** Maßnahmen, die auf eine Steigerung von Haushaltseinkommen abzielen und den jeweiligen Anteil der Energiekosten im Haushalt dadurch minimieren. Typische Beispiele hierfür sind etwa Heizkostenzuschüsse oder Zuschüsse in Form von Hilfsfonds. Die Langzeitwirkungen solcher Maßnahmen sind umstritten, da durch finanzielle Zuschüsse alleine die eigentlichen Ursachen von Energiearmut meist nicht bekämpft werden und die Widmungsgebundenheit dieser Zuschüsse nicht gegeben ist.
- **Energiekostenbasierte Maßnahmen:** Im Vergleich zu Einkommensbasierten Maßnahmen beeinflussen diese Maßnahmen den Energiepreisfaktor im Haushalt direkt, etwa durch Feedbackmaßnahmen (z.B. Smart – Metering, verbessertes Feedback in der Gestaltung der Energierechnungen) oder etwa durch Sozialtarife.
- **Strukturelle Maßnahmen:** Strukturelle Maßnahmen schaffen überdies Rahmenbedingungen für die jeweiligen Akteure, in deren Handlungsbereich Maßnahmen formuliert und umgesetzt werden. Beispiele sind etwa Nationale Aktionspläne, oder Energieeffizienzfonds die nationale oder bundesweite Ziele und Mindeststandards formulieren und deren Umsetzung motivieren können.

Eine wirkmächtige Bekämpfung von Energiearmut steht insofern in Wechselwirkung dieser Dimensionen und hat auch die multiplen Problemlagen betroffener Haushalte zu berücksichtigen. Auch auf politischer Ebene liegen die Kompetenzen zur Durchführung dieser Maßnahmen in unterschiedlichen Ressorts wie jenen der Energie-, Sozial-, Bildungs-, und Arbeitsmarktpolitik (Friedl 2012: 188).

Aus Evaluationen bestehender Maßnahmen geht mitunter hervor, dass der tatsächliche Effekt bestehender Instrumente oftmals geringer ausfällt als erwartet. Gründe hierfür lassen sich einerseits seitens der jeweiligen Institutionen (Sozialämter, Sozialhilfeorganisationen etc.) finden, die eine Inanspruchnahme durch einen aufwändigen Antragsprozess oder schlechte Bewerbung ihrer Maßnahmen erschweren können. Auch seitens der Betroffenen selbst bestehen zum Teil Vorbehalte und Barrieren, die es im Zuge der Gestaltung solcher Politikinstrumente zu berücksichtigen gilt.

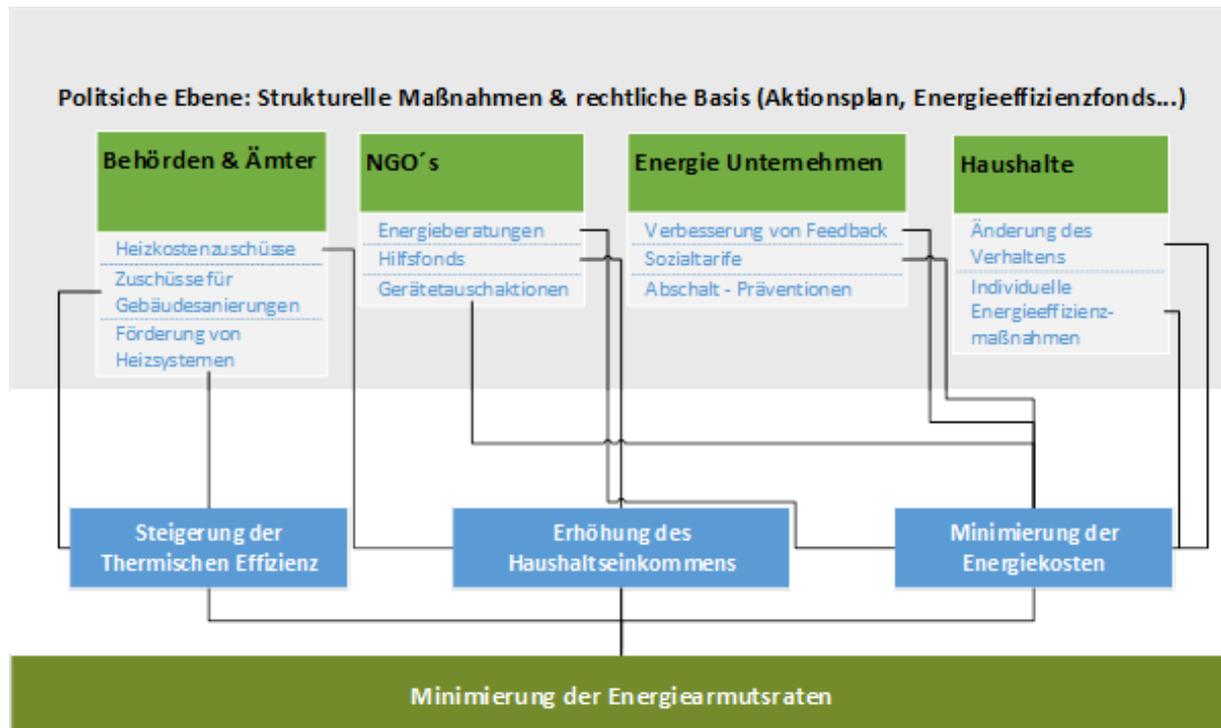


Abbildung 1: Überblick Förderstruktur in Graz

Die möglichen Maßnahmen liegen zudem im Kompetenzbereich verschiedener Stakeholdergruppen:

- **Behörden & Ämter:** Als jene Institutionen die Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen aktiv umsetzen, befassen sich Behörden und Ämter nicht nur mit dem Aspekt von Zahlungsschwierigkeiten hinsichtlich der Energierechnung, sie setzen überdies Maßnahmen, die auf eine allgemeine Armutsbekämpfung abzielen.⁷
- **Sozialhilfeorganisationen (NGO's):** Sozialhilfeorganisationen gelten als potentielle Anlaufstellen für Haushalte, die sich in einer finanziellen Notsituation befinden. Im Gegensatz zu öffentlichen sozialen Anlaufstellen, gehen diese nach einem case - to - casePrinzip vor und bieten individuelle Beratung und Hilfe an.
- **Energieunternehmen:** Energieunternehmen kommt innerhalb der Förderstruktur eine besondere Rolle zu: Sie können präventiv Maßnahmen setzen (etwa in Form transparenter Tarifstrukturen und regelmäßigem Feedback durch Abrechnungen in kürzeren Intervallen) aber auch explizite

⁷ Sozialleistungen, die sich nicht (nur) explizit an energiearme Haushalte richten, stellen nach wie vor eine wichtige Unterstützungsquelle für einkommensschwache Haushalte dar: Beträgt die Armutsgefährdungsquote generell 12%, so würde sie ohne Sozialleistungen bei etwa 24%, ohne Sozialleistungen und Pensionen sogar bei 43% liegen⁷ (Paierl&Stoppacher 2010: 20).

Maßnahmen für einkommensschwache Haushalte („Sozialtarife“) treffen. Im Fall von Zahlungsverzug, sind Energieunternehmen die ersten die über eine Belastungssituation ihrer Kunden Bescheid wissen. Durch eine frühzeitige Kooperation mit weiteren Akteuren kann ein Abdriften in eine Zahlungsspirale frühzeitig verhindert werden.

- **Haushalte:** Auch private Haushalte können eigeninitiativ und im ihnen möglichen Rahmen eine Energieeffizienzsteigerung und Energiekostensenkung etwa in Form einer Verhaltensänderung oder individuellen Effizienzmaßnahmen, etwa mit Investitionen in eine bessere Geräteausstattung (mit Hilfe des Vermieters) erwirken.

3.1. Dimensionen der Energiearmutsbekämpfung

Für die Einordnung/Einschätzung bestehender Maßnahmen in Hinblick auf ihre Wirkung zur Reduktion von Energiearmutsraten soll hier zwischen 3 Faktoren unterschieden werden: (1) die Ausschöpfung (d.h. das Verhältnis zwischen tatsächlichen AnspruchnehmerInnen zu Anspruchsberechtigten), (2) die Treffsicherheit (d.h. das Erreichen *tatsächlich* energiearmer Haushalte) sowie (3) die Widmungsgebundenheit (d.h. die zweckgebundene Verwendung in Anspruch genommener Mittel). In diesem Teil wird ein exemplarischer Überblick über diese Faktoren anhand von Evaluationen zu bereits durchgeführten internationalen und nationalen Maßnahmen gegeben. Im Folgenden soll ein Überblick über die jeweils beeinflussenden Barrieren gegeben werden.

1. Bestehende Maßnahmen & Politikinstrumente werden zum Teil nicht hinreichend in Anspruch genommen („Ausschöpfung“): Vorhandene Budgettöpfe und Maßnahmen werden in manchen Fällen nur unzureichend ausgeschöpft - dies kann zum einen auf nicht hinreichendes Wissen über das Vorhandensein bestimmter Maßnahmen, zum anderen aber auch auf verschiedene (später diskutierte) Barrieren wie erheblichen bürokratischen Aufwand, lebensweltspezifische Umstände (Scham, sprachliche Hürden etc.) zurückgeführt werden. In folgenden nationalen & internationalen Projekte und Maßnahmen wurde eine unzureichende Ausschöpfung festgestellt:

- **Heizkostenzuschüsse in Deutschland:** Im Zuge des ersten bundesweiten Heizkostenzuschusses in Deutschland nahmen lediglich 18,9% der berechtigten Haushalte Förderungen in Anspruch (Kopatz et. al. 2010: 17).
- **Heizkostenzuschüsse in Österreich:** Im Jahr 2009 nahmen von 265.000 Anspruchsberechtigten ÖsterreicherInnen nur 166.000 tatsächlich einen Heizkostenzuschuss in Anspruch (Schenk 2009: 3).
- Österreichweit sind 245.000 Haushalte für eine **Befreiung von Ökostrompauschale und –förderbeitrag** anspruchsberechtigt, aber nur 85.000 Haushalte sind tatsächlich davon befreit (Veigl – Guthann 2013: 7).
- **Kesseltauschaktion des Landes Steiermark:** Bei einer Förderaktion zum Tausch alter Ölkessel seien laut einem Experten für Sozialhilfebezieher bis zu 100% der Kosten für eine neue Heizungsanlage übernommen worden. Trotz der hervorragenden Konditionen wurde das Angebot laut Expertenaussagen nur spärlich in Anspruch genommen (Seebauer & Steiner 2013).

2. Energiearme Haushalte werden nicht bzw. nur zum Teil durch diese Instrumente erreicht („Treffsicherheit“): Eine entsprechende Ausschöpfung von Fördertöpfen bzw. Inanspruchnahme von Maßnahmen ist noch kein hinreichender Indikator in Hinblick auf eine effektive Bekämpfung von Energiearmut. Die Ausschöpfungsquote allein kann keinen Hinweis darauf geben, ob AnspruchnehmerInnen auch tatsächlich als energiearm charakterisiert werden können; dieser Aspekt hängt auch wesentlich von der zugrunde gelegten Energiearmuts – Definition ab.

Bereits Brenda Boardman kritisierte in ihrem Buch „Fixing Fuel Poverty: Challenges and Solutions“ die Treffsicherheit bestehender Heizkostenzuschussysteme, in diesem Fall in Großbritannien. Insbesondere scheiterte die britische Regierung daran, Energiearmut unter der Bevölkerung zielsicher zu identifizieren. Die Frage der richtigen Definition von Energiearmut spielte eine ganz entscheidende Rolle, bei der Bekämpfung des Phänomens: Im Jahr 2006 wären nur etwas weniger als ein Viertel der Heizkostenzuschussbezieher tatsächlich von Energiearmut betroffen gewesen. In Summe wären etwas mehr als 2,2 Mrd. Pfund (knapp 2,7 Mrd. Euro) an Haushalte geflossen, die tatsächlich gar nicht von Energiearmut betroffen waren. (Boardman 2010). Auch in folgenden Projekten und Initiativen konnten energiearme Haushalte nur unzureichend erreicht werden:

- **Heizkostenzuschüsse in Irland:** Healy und Clinch (2004) haben untersucht, ob irische Haushalte, die einen Heizkostenzuschuss in Anspruch nehmen („fuelallowance“ in Irland) tatsächlich höhere Energiearmutsraten aufweisen als jene Haushalte, die von solchen Fördermaßnahmen keinen Gebrauch nehmen. Eine höhere Rate unter den AnspruchnehmerInnen würde zeigen, dass sich diese Fördermaßnahme als ineffizient⁸ in der Minderung der Energiearmutsraten erweisen würde. Tatsächlich waren von den Heizkostenzuschussbeziehern 37,9% energiearm; von jenen, die keine Förderung in Anspruch nahmen, waren lediglich 13,8% energiearm (Healy & Clinch 2004: 214f).
- Zahlreiche Studien belegen **mangelnde Umverteilungseffekte und mangelnde soziale Treffsicherheit in Hinblick auf Objektförderungen:** Während bei Subjektförderungen (Zuschüssen und Darlehen direkt an die Haushalte) prinzipiell Umverteilungseffekte zugunsten unterer Einkommensschichten zustande kommen, kommt ein Großteil der Objektförderungen vorwiegend oberen Einkommensschichten zu (Stocker et.al. 2011: 25 bzw. Mundt & Amann 2009: 128).

3. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden nicht zweckgebunden verwendet („Widmungsgebundenheit“): Auch wenn Fördermaßnahmen tatsächlich von energiearmen Haushalten in Anspruch genommen werden, muss dies nicht eine zweckgebundene Verwendung dieser Mittel implizieren. Insbesondere finanzielle Zuschüsse würden oft dazu verwendet werden, um das „am stärksten drängende Loch“ der Zahlungsverpflichtungen zu stopfen.

Doch auch materielle Mittel würden zum Teil zweckentfremdet werden. Etwa wäre es bei einer oberösterreichischen Gerätetauschaktion in Einzelfällen dazu gekommen, dass Betroffene einen getauschten (wesentlich effizienteren) Kühlschrank wieder verkauft, und stattdessen ihren alten Kühlschrank verwendet hätten. Zu kontrollieren sind solche Phänomene (da sie auf privater Ebene geschehen) natürlich schwer. Abhilfe können etwa Gutscheine (statt finanzieller Zuschüsse) oder eine fundierte Aufklärung, auch über die (langfristigen) finanziellen Ersparnisse bei Verwendung eines energieeffizienten Geräts im Haushalt, schaffen.

⁸Bzw. die Höhe des Betrags nicht hinreichend ist, um die betroffenen Haushalte vollständig aus der Energiearmut zu holen

3.2. Top - down Barrieren

Informationsmangel: Information – Gap Hypothese

Clinch & Healy (2000) haben sich der Frage gewidmet, warum Haushalte in Irland nicht in Energiesparmaßnahmen investieren, obwohl der Nutzen aus diesen die Kosten dafür bei weitem aufwiegen würde. Sie betonen, dass hier eine enorme Informationslücke verantwortlich sei: Nur etwa 32,3% der befragten, energieineffizienten Haushalte wüssten über den Benefit entsprechender Maßnahmen Bescheid, etwa 19% sind sich erst gar nicht bewusst, dass es diese überhaupt gibt (Clinch & Healy 2004: 217). Weitere Arbeiten zu dem Thema zeigen etwa, dass Informationsinstrumente deutliche Auswirkungen auf die energetische Sanierung bestehender Wohngebäude haben können (Novikova et.al. 2011: 5).

Für Konsumenten ist es meist kostspielig und zeitintensiv, sich in dem Maß Wissen über Energieeffizienz - Produkte anzueignen, um auch tatsächlich rationale Erwerbsentscheidungen zu treffen. Umso mehr erscheint es als notwendig, sowohl Mieter als auch Vermieter über die Notwendigkeit einer thermischen Sanierung aufzuklären und ein Bewusstsein für die Einsparpotentiale zu schaffen. Vielfach wären zwar Mittel für Wohnbauförderungen vorhanden, diese würden jedoch nicht in Anspruch genommen werden (Stocker et.al. 2011: 23).

Auch wissen Bewohner von Sozialwohnungen, im Glauben sie hätten kein Recht Änderungen in einer ihr zur Verfügung gestellten Wohnung durchzuführen, oftmals nicht über ihre Möglichkeiten Bescheid. Harrington et al. betonen, dass Information auch im Interesse der Betroffenen aufbereitet und verbreitet werden soll. Ein Fenstertausch wäre z.B. eine verhältnismäßig teure Maßnahme, die aber oftmals aus kommerziellen Interessen stärker beworben wird als andere, preisgünstigere Maßnahmen (Harrington et al. 2004: 267).

Bürokratische Hürden

Für Menschen in besonderen sozialen Problemlagen kann der - in Verbindung mit einer Antragstellung verbundene - bürokratische Aufwand eine besondere Barriere darstellen. Zuständigkeiten sind oftmals zwischen mehreren Ämtern verteilt; die zu erbringenden Nachweise stellen oft eine zusätzliche Hürde dar. Insofern erscheint es als wesentlich, bürokratische Prozesse möglichst unkompliziert und niederschwellig zu gestalten. SozialarbeiterInnen oder MultiplikatorInnen (wie sie z.B. im Projekt Grätzeleltern eingesetzt werden) können eine wesentliche Hilfestellung bei Antragstellungen leisten.

Mieter / Vermieter Dilemma

Ein oft diskutiertes Problem in Hinblick auf die Energieeffizienzsteigerung von Wohneinheiten ist das Mieter–Vermieter Dilemma. Ausgangspunkt der Diskussion ist der Umstand, dass Mieter durch niedrigere Energiekosten von Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung in Wohneinheiten profitieren, für die Vermieter jedoch kein entsprechender Anreiz besteht solche Investitionen auch tatsächlich zu tätigen, da sie sowohl erhöhte Energiekosten als auch eventuelle Einsparungen direkt an die Mieter weiter geben. Im Gegenzug lohnt es sich für Mieter nicht, in ihre Wohnung zu investieren wenn sie nicht die Sicherheit haben, dass ihnen der Gegenwert ihrer Investition am Ende des Mietverhältnisses vom Vermieter abgelöst wird.

Die Möglichkeit des Vermieters, den Mietzins entsprechend anzupassen, würde sich als ein großes Problem besonders für einkommensschwächere Haushalte herausstellen, da diese häufig in sanierungsbedürftigen Haushalten leben. Vor allem bei einer Sanierungspflicht im mehrgeschossigen Wohnbau kann sich dieser Umstand zu einem sozialen Problem entwickeln. Eine Entlastung der Haushalte könnte durch weiter aufgebrachte Mittel erwirkt werden, die diesem Umstand entgegen wirken. Contracting Modelle könnten hierbei unterstützend wirken (Stocker et.al. 2011: 23).

3.3. Bottom – up Barrieren

Scham und Lebensweltspezifische Umstände

Insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen fällt es oftmals schwer sich zu ihrer Situation offen zu bekennen. Vor allem Leute mit Migrationshintergrund würden als Alternative soziales Kapital nutzen – leihen sich also eher aus dem Bekannten- und Verwandtenkreis Geld und nehmen bestehende Fördermaßnahmen nur selten in Anspruch. Kulturelle Charakteristika wie Sprache, Traditionen, Normen und Werte werden bei Planung und Evaluierung von Projekten nur selten berücksichtigt. Tatsächlich haben diese jedoch einen entscheidenden Einfluss bei der Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen.

Bestimmten (Sozialhilfe-) Maßnahmen fehle die notwendige soziale Akzeptanz und normative Anerkennung. Die Inanspruchnahme dieser Maßnahmen könnte aus Sicht der Betroffenen als Stigmatisierung interpretiert werden.⁹ Insofern spielt hier also auch die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, wie sie etwa Heizkostenzuschüsse darstellen, eine entscheidende Rolle.¹⁰ Zudem ist eine schlechte Energieeffizienz im Haushalt oftmals nur eines von vielen Problemen, mit dem sich solche Haushalte konfrontiert sehen und dem in der Regel eher niedrige Priorität beigemessen wird. Dresner&Ekins (2006) nennen „BoundedRationality“ daher als eine wesentliche Barriere bei Inanspruchnahme von entsprechenden Maßnahmen.

Eingeschränkte Mobilität & Alter

Pensionisten stehen, in Anbetracht ihres fortgeschrittenen Alters, besonders häufig vor Handlungsbarrieren. In Österreich leben viele Menschen auch im hohen Alter noch im privaten Haushalt. Im Jahr 2009 befanden sich etwa nur 5,6 Prozent der 80 bis 84 jährigen in stationären Einrichtungen (bei den 85 bis 89 – Jährigen waren es 13,3 Prozent und bei den über 90 – Jährigen immerhin 28,7%) (Sagl& Feuerstein 2013: 126).

Die – mit Energiearmut einhergehende – Exponiertheit zu Kälte wirkt sich vor allem bei älteren Menschen stark auf die gesundheitliche Situation der Betroffenen aus. In Großbritannien spiegelt sich dies vor allem in einer wesentlich höheren Wintermortalitätsrate bei über 65 – jährigen wider. Der Anteil an Wintertoten war bei dieser Personengruppe im Winter 1997/98 um knapp das 10 – fache höher, als bei Personen unter 65 Jahren¹¹ (Wright 2004: 488).

⁹ Liebig & Mau befragten etwa in einer Studie zur sozialen Mindestsicherung 121 berufstätige Personen und kamen zu dem Schluss, dass ein pauschaliertes und einheitliches Grundeinkommen weniger Legitimität besitzt als eines, das nach der spezifischen Beziehung des Transfereinkommensbeziehers zur Erwerbssphäre und unterschiedlichen Bedarfen differenziert (Liebig & Mau 2002: 109).

¹⁰ Der Einfluss unterschiedlicher Motive auf die Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen wurde in Österreich u.a. in den Arbeiten von Gilbert Norden ausführlich untersucht

¹¹ Wintermortalitätsraten sind in Großbritannien jedoch wesentlich höher als in vielen kontinentaleuropäischen Ländern, in denen die Winter hingegen meist wesentlich strenger sind. Dennoch weisen südliche Länder wie Spanien und Portugal zum Teil noch höhere Raten auf – insofern liegt die Vermutung nahe, dass die zum Teil wesentlich schlechtere Gebäudestruktur in diesen Ländern sowie zum Teil nicht vorhandene Heizsysteme einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Wintermortalität nehmen (Wright 2004: 488).

4. Empirischer Teil: Interviews mit betroffenen Haushalten

Im empirischen Teil dieses Berichts werden die Lebenssituationen & Erfahrungen energiearmer Haushalte in Graz dargestellt. Es wurden in Summe 6 Interviews mit betroffenen Haushalten im Raum Graz geführt, die mithilfe sozialer Hilfsorganisationen kontaktiert werden konnten. Neben allgemeinen Ergebnissen zur Wohnungs- und Lebenssituation dieser Haushalte wurde insbesondere auf bestehende Erfahrungen und Barrieren hinsichtlich der Förderstruktur in Graz eingegangen. Überdies fließen relevante Aussagen der Experteninterviews, die im Zuge der Studie zu Energiearmut in der Grazer Bevölkerung (Seebauer & Steiner: 2013) geführt wurden, in dieses Kapitel ein.

4.1. Methodik

Um ein grundlegendes Verständnis für die Lebenswelten energiearmer Haushalte zu erlangen und mögliche Erfahrungswerte bei der Inanspruchnahme von Maßnahmen aufzuzeigen, eignet sich ein Vorgehen im qualitativen Paradigma. Die durchgeführten Betroffeneninterviews wurden anhand eines semistrukturierten Interviewleitfadens in den jeweiligen Haushalten geführt, aufgezeichnet und anschließend transkribiert. In einem weiteren Schritt wurde das erhobene Material in MAXQDA (einem Programm zur qualitativen Datenanalyse) codiert und die thematischen Schwerpunkte herausgearbeitet. Im Leitfaden wurden folgende zentrale Fragestellungen behandelt:

- Wie ausgeprägt ist das Wissen über bestehende Angebote zur Entlastung von Haushalten?
- Welche Bewältigungsstrategien wenden energiearme Haushalte an?
- Welche Hürden bestehen bei der Inanspruchnahme von Energieeffizienzmaßnahmen und Maßnahmen gegen Energiearmut?
- Wie können diese Hürden überwunden werden?

Zugang zum Forschungsfeld

Der Zugang zum Forschungsfeld erweist sich bei sozial belasteten Personen als prinzipielles Problem. Gründe hierfür können Angst vor sozialer Kontrolle (etwa durch verschiedene Ämter) oder kulturelle bzw. Sprachbarrieren sein. Um Zugang zu den betroffenen Haushalten zu erlangen, haben sich in bisherigen Projekten (vgl. Projekt Grätzleltern, NELA) sogenannte „Türöffner“ als hilfreich erwiesen. Zum einen können dies soziale oder wohltätige Organisationen sein, die mit den Betroffenen in Kontakt stehen und ihre Problemlage genau kennen, auch können dies anerkannte Autoritäten (z.B. Sozialamt der Stadt) sein die etwa durch eine Datenbank energiearme Haushalte identifizieren können.

Für die Durchführung der hier dargestellten Interviews erwiesen sich Caritas und das Referat für Sozialarbeit und Sozialbetreuung der Stadt Graz als geeignete Türöffner, mit deren Hilfe betroffene Haushalte erreicht wurden. Bei Betroffenen, die sich an entsprechende Stellen wenden ist anzunehmen, dass eine bestimmte Problemwahrnehmung vorhanden ist, die bei formellen HeizkostenzuschussbezieherInnen per se nicht gegeben sein muss.

Den Ansprechpartnern der jeweiligen Organisation wurde ein Informationsblatt mit Beschreibung des Anliegens, der gesuchten Personengruppe und Kontaktinformationen weitergeleitet. Auch wurde darauf hingewiesen dass jenen Personen, die sich dazu bereit erklären würden am Interview teilzunehmen, eine Aufwandsentschädigung von 20 Euro zusteht. Personen, die sich für die Teilnahme bereit erklärten wurden telefonisch verständigt um einen Termin für das Interview zu vereinbaren. Den Probanden wurde mitgeteilt, dass eine Interviewzeit von etwa einer Stunde wahrscheinlich ist und absolute Vertraulichkeit und Anonymität ihrer Daten gegeben ist.

Auswahl der befragten Haushalte

Als relevante Personengruppe wurden vorwiegend Personen ausgewählt, die zumindest eine für Energiearmut typische Problemlage wie etwa erheblichen Zahlungsverzug bei der Begleichung von Energierechnungen, bereits erfolgte Abschaltung durch den Energiedienstleister oder schlechten Sanierungsstand bzw. eine schlechte Geräteausstattung aufwiesen.

Die engere Auswahl der Versuchspersonen wurde – im Sinne des „Theoretical Samplings“ nicht gleich zu Beginn der Untersuchung festgelegt, sondern erfolgte nach theoretischen Gesichtspunkten, die sich im Verlauf der empirischen Analyse herauskristalisieren (Przyborski& Wohlrab – Sahr: 177). Das Vorgehen bei dieser Methode erfolgt also schrittweise: Nach Auswahl und Befragung eines Falles erfolgt die Auswahl des folgenden Falles auf Grundlage der analysierten Erkenntnisse – insbesondere steht es im Forschungsinteresse, bei der weiteren Vorgehensweise möglichst voneinander abweichende Dimensionen und Strategien zu finden.

4.2. Analyse der Betroffeneninterviews

In diesem Teil werden die Ergebnisse der durchgeführten Betroffeneninterviews dargestellt. Dies erfolgt auf Grundlage der besprochenen, thematischen Schwerpunkte. Im ersten Teil soll ein Überblick zur allgemeinen Lebens- und Belastungssituation der betroffenen Haushalte gegeben werden. In einem weiteren Teil wird auf die spezifischen Barrieren und Erfahrungen bei der Inanspruchnahme von Gegenmaßnahmen eingegangen.

4.2.1. Multiple Lebens-& Belastungssituationen

Die befragten Personen waren geografisch vorwiegend in den überdurchschnittlich armutsgefährdeten Bezirken Lend und Gries zu verorten. In fast allen der befragten Fälle führten plötzliche Lebensbrüche, wie der Wegfall eines Hauptverdieners im Haushalt (etwa durch eine Trennung oder Erkrankung des Partners) zu erheblichen Zahlungsschwierigkeiten und in weiterer Folge zu einer Energiearmutssituation. Die Verschuldungen bezogen sich in diesen Fällen nicht nur auf die Heiz- und Energierechnung; in 3 von 6 Fällen mussten zudem auch weitere Kredite abbezahlt werden. Der teilweise beträchtliche Druck, unter dem Betroffene angesichts einer Häufung von finanziellen Problemen stehen, führte in zwei Fällen gar zu einer kompletten Arbeitsunfähigkeit in Form von Burnout:

*„Wir sind nicht in Konkurs gegangen, wir haben alles erreicht. Wir haben alles gehabt – Haus, Wohnung, Auto, alles – Wahnsinn. Auf einmal ist alles weg. Dann bin ich krank geworden.“
(Betroffeneninterview Liebenau)*

Laufende Kredite für Eigentumswohnungen oder Häuser stellten für einige Haushalte ein beträchtliches Problem dar. Die Höhe der Kredite lies ein Entkommen der Schuldsituation als Aussichtslos erscheinen. Als Bewältigungsstrategie entschied man sich zum Teil bewusst dazu, Kredite nicht abzubezahlen da die Höhe des zu verpfändenden Gehalts nur einen Bruchteil der Schuldnersumme ausmachen würde. Stark belastete Haushalte erhofften sich, durch den Umzug in eine günstigere Gemeindebauwohnung, eine entscheidende finanzielle Entlastung zu erwirken. Die Wartezeiten können jedoch ausgesprochen lang ausfallen:

„Normalerweise, ich möchte eine andere, aber es ist so schwer eine andere zu kriegen, die in der Preislage ist, so 350 – 400 [Euro]. Aber den Haufen Kaution da hinten, den du nicht hast – wo soll man die

dann herbeuteln? Wie oft haben sie mir schon eine Gemeindebauwohnung versprochen, bekommen hab ich bis heute noch keine.“ (Betroffeneninterview Gries2)

In vielen Fällen kann nur versucht werden „das am stärksten drängende Loch“ zu stopfen. Da elementare Grundbedürfnisse wie Nahrung, Mobilität, Kleidung etc. nach wie vor befriedigt werden müssen, werden Schulden in Bereichen, in denen am meisten Druck auf die Betroffenen ausgeübt wird, zuerst bedient. Da Energieunternehmen den Aussagen der Betroffenen zufolge eher zu Kulanzlösungen bereit sind, haben Kredite, offene Rechnungen etc. teilweise eine höhere Priorität bei der Abbezahlung der Schulden. Mit den offenen Rechnungen wird daher oft „jongliert“ - in einem Fall wurde die Räumwärme nach einer Heizungsabschaltung etwa mithilfe von (wesentlich ineffizienteren) Stromradiatoren erzeugt und die Schuldensituation insofern nur umgelagert. Auch in der Energiearmutsforschung sind solche Handlungsweisen bereits durchwegs bekannt – etwa als „HeatorEat“ Phänomen.

Geräteausstattung und Energieeffizienz im Haushalt

Energieschulden gehen häufig mit einer schlechten Geräteausstattung und prinzipiell schlechten Wohnverhältnissen einher. In den meisten der befragten Haushalte waren Gebäude- und Gerätestandard auf einem – hinsichtlich der Energieeffizienz – verbesserungswürdigem Niveau. Zwei der befragten Haushalte waren mit keinem fest installierten Heizsystem ausgestattet – stattdessen hielten die Bewohner ihre Wohnung im Winter mittels zugekauften Stromradiatoren warm. Auch war es der Aussage eines Befragten betreffend nicht unüblich, dass in seinem Wohngebäude nach wie vor mit Holz geheizt wird. Das Mauerwerk dieses Wohngebäudes war zudem nicht isoliert – obwohl die Größe der Wohnung mit 32m² relativ klein bemessen war, betrug die monatlichen Heizkosten mehr als 150€.

Das Vermeiden von „Lichtanlassen“ wurde von einigen der betroffenen Haushalte auf die Frage nach Einsparungsmaßnahmen gern als Strategie zur Minderung der Energiekosten im Haushalt genannt – ein Hinweis, dass der Anteil „sichtbarer“ Energie im Haushalt tendenziell überschätzt wird. Die tatsächliche Ursache für hohe Energiekosten wurde in zwei Fällen durch einen defekten Boiler vermutet. (Vorübergehende) Probleme mit Heizung und Boiler führten zudem oft dazu, dass sich die ausbleibenden Heizkosten auf die Stromrechnung verlagerten, da vorübergehend mit Stromradiatoren geheizt wurde.

Prinzipiell ist festzustellen, dass Energie in den Haushalten primär monetär wahrgenommen wird – physikalische Kennwerte sind meist nicht bekannt; am ehesten konnte die Effizienz eines Haushaltsgerätes anhand der Energieverbrauchskennzeichnung festgestellt werden.

Erfahrungen mit Energieanbietern

Einkommensschwache Haushalte sind zum Teil besonders stark von hohen Energiepreisen betroffen. Neben dem Energiepreis selbst spielen jedoch auch die Tarifstrukturen eine entscheidende Rolle. Neue Tarifmodelle würden vor allem dazu führen, dass bei höherem Energiekonsum der Preis pro spezifischer kWh niedriger ist – durch eine hohe Grundgebühr jedoch vor allem einkommensschwache und um einen niedrigen Energieverbrauch bemühte Haushalte stärker belastet werden. Betroffene Haushalte hätten zwar, vor dem Hintergrund der Strommarktliberalisierung, die Möglichkeit, diesen Gegebenheiten durch einen Wechsel des Energieanbieters zu entkommen, tatsächlich sind die Wechselraten jedoch noch niedrig; auch unter den interviewten Personen wurde noch kein Wechsel des Energieanbieters durchgeführt.

Angesichts der genannten, multiplen Problemlagen fiel es den Betroffenen zudem schwer, den Überblick über die aktuelle Energiekostensituation zu bewahren. Kritisiert wurde hier auch das zu selten stattfindende Feedback seitens der Energieunternehmen: In den meisten Fällen erfolgte eine Abrechnung 4-mal jährlich, manche Haushalte erhielten gar nur eine Jahresabrechnung, die bei entsprechender Nachzahlungshöhe als großer Schock empfunden wurde. Auch kann das (nicht mehr verpflichtende) Ablesen von Zählern über einen längeren Zeitraum zu Unschärfen führen, die sich über einen längeren Zeitraum summieren.

Dennoch waren Energieunternehmen, den Erfahrungen der interviewten Betroffenen zu Folge, durchaus zu Kulanzlösungen bereit. Diese konnten auch mit Hilfe intervenierender Sozialhilfeorganisationen - etwain Form von Ratenzahlungen des ausständigen Betrags der Jahresabrechnung - erwirkt werden. Von Energieunternehmen angebotene CSR - Maßnahmen, wie sie etwa Sozialtarife darstellen, waren den Betroffenen nicht bekannt.

4.2.2. Barrieren bei der Inanspruchnahme von Maßnahmen

Erwerbsarmut & Nicht - Erfüllung von Richtlinien

Erwerbsarmut kann mitunter dazu führen, dass betroffenen Personen aufgrund der Einkommenshöhe nicht für bestimmte Maßnahmen anspruchsberechtigt sind, ihnen aber dennoch ein sehr geringes Einkommen zur Bestreitung ihrer alltäglichen Ausgaben zur Verfügung steht.

„Dadurch, dass wir beide verdienen – mein Mann und ich – sind wir über dem Existenzminimum drüber und da bekommen wir keine Wohnbeihilfe und keinen Heizkostenzuschuss.“ (Interview Triestersiedlung)

Aufgrund von (nicht berücksichtigten) Alimenten – Zahlungen stand dem erwähnten Haushalt effektiv weniger Einkommen zur Verfügung. Richtlinien können daher auch so formuliert sein, dass bestimmte Abschläge und Zahlungen bei der Entscheidung für oder gegen eine Förderung, nicht berücksichtigt werden. Insbesondere Menschen, die in Erwerbsarmut leben, können so durch das soziale Netz fallen und daher nicht anspruchsberechtigt für bestimmte Maßnahmen sein.

Erfahrungen mit Ämtern & Sozialhilfeorganisationen

Der Weg zum Sozialamt, um Anträge für Förderungen zu Stellen wurde in den meisten Fällen als unangenehm empfunden, in einem Fall gar explizit gemieden. Insbesondere für jene Betroffene, die zuvor noch nie Sozialhilfe in Anspruch nahmen wurde die Selbsteinschätzung als „Bittsteller“ den Weg ins Sozialamt anzutreten als Schikane empfunden.

Das Wissen über angebotene Leistungen des Sozialamts war zum Teil wenig ausgeprägt; auch hier erfolgte die Antragstellung meist mit Hilfe von SozialarbeiterInnen der Caritas oder des Referats für Sozialarbeit und Sozialbetreuung der Stadt Graz. Die Möglichkeit, mehrere Leistungen mit Bezug der Sozialcard automatisch in Anspruch zu nehmen, wurde prinzipiell als positiv aufgefasst. Jedoch waren die Richtlinien, zum Erhalt der Sozialcard teilweise nicht nachvollziehbar – insbesondere wurde hier die notwendige GIS – Befreiung angesprochen.

Wartezeiten bei der Antragstellung wurden von den Betroffenen als lange, das Prozedere als zum Teil komplex wahrgenommen. Hartnäckigkeit bei individuellen Anliegen – etwa, beim Versuch Fördersummen schneller zu erhalten, um drängende Rechnungen zu begleichen – führte laut den Interviewten meist zum Erfolg.

Einholen von Informationen

Der Zugang zu Information hinsichtlich Energieeinsparungsmaßnahmen im Haushalt sowie expliziten Maßnahmen gegen Energiearmut war bei den befragten Personen zum Teil eingeschränkt. Überdies erwies sich das (aktive) Einholen von Informationen über bestehende Maßnahmen und Förderungen als aufwändig und langwierig. Vor allem Sozialhilfeorganisationen hätten oft eine vermittelnde Funktion eingenommen, den Betroffenen nicht bekannte Maßnahmen weitervermittelt und diese auch bei Antragsstellungen unterstützt. Das Engagement bei Informationsbeschaffung und Antragstellung war sehr unterschiedlich ausgeprägt – manche der Befragten Haushalte wussten über bestehende Maßnahmen zum Teil schlecht Bescheid, zeigten jedoch auch keine Absichten, solche Maßnahmen in Anspruch zu nehmen. Personen mit Migrationshintergrund waren etwa mit dem Sozialamt und bestehenden Sozialhilfeorganisationen in Österreich aufgrund ihres Vorlebens kaum vertraut. Auch waren Scham und Furcht vor Stigmatisierung Gründe, warum die Inanspruchnahme von Maßnahmen gemieden wurde. Kritisiert wurde mitunter auch, dass seitens der Ämter oftmals keine weiterführenden Informationen zur Bewältigung der Situation angeboten wurden:

„Wenn man ein Kind zur Welt bringt, bekommt man einen Stapel an Informationen. Wenn man Sozialhilfe empfängt, sagt dir keiner wohin du gehen musst.“ (Interview Gries 1)

Manche Haushalte zeigten sich hingegen sehr engagiert beim Einholen von Informationen und wussten auch über zahlreiche Maßnahmen und Hilfsfonds (z.B. Josef – Krainer Hilfsfonds, Volkshilfe – Hilfsfonds, Licht ins Dunkel, Steirer helfen Steirern etc.) Bescheid. Die zahlreichen Amtswege und Termine, die im Zuge des Antrags – Prozedere durchzuführen sind, wären mühsam und zum Teil schwierig mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren.

5. Maßnahmen zur Überbrückung von Barrieren

Die Vulnerable Consumer Working Group der Europäischen Kommission fordert Energieunternehmen dazu auf, entsprechende weiterleitende Informationen im Falle von Zahlungsschwierigkeiten zur Verfügung zu stellen. Energieunternehmen seien die erste Stelle, mit der Konsumenten in Kontakt treten würden und stehen mehrheitlich außerhalb des Einflussbereichs von Regierungen und anderen Regulierungsbehörden (Vulnerable Consumer Working Group Guidance Document on Vulnerable Consumers 2013: 6).

Entwicklungen am Energiemarkt und entsprechende Kostenersparnisse (etwa durch Tarifwechsel, Ersparnis der Ökostrompauschale etc.) stehen oftmals außerhalb des Wahrnehmungsbereiches betroffener Haushalte. Der in den Betroffeneninterviews oftmals betonte Aufwand bei der Beschaffung von Informationen über Maßnahmen könne bedeutend reduziert werden, indem Energieunternehmen Verantwortung gegenüber Personen in Zahlungsverzug übernehmen und Synergien mit Sozialunternehmen und Ämtern schaffen.

Ein solcher Ansatz wird etwa bereits vom Ombudsteam der Wien Energie verfolgt: Hier wird versucht, KundInnen mit unregelmäßigem Zahlungsverhalten dahingehend zu unterstützen, sodass ein normales Zahlungsverhalten zustande kommt. Durch eine Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen wie zum Beispiel der Caritas, verfolgt das Energieunternehmen einen systematischen Betreuungsablauf bei dem neben Maßnahmen seitens des Energieunternehmens selbst (etwa Stundungen und Ratenzahlungen) auch mögliche finanzielle oder materielle Hilfen von anderen Stellen koordiniert werden. Seit Beginn der Arbeiten wurden bereits über 2.300 Haushalte von der Ombudsstelle betreut.¹²

Informationen zu Anlaufstellen bei Zahlungsschwierigkeiten können aber z.B. auch bereits durch das Anführen von Kontaktdaten auf der Energierechnung oder leicht zugängliche und entsprechend aufbereitete Information (in Graz etwa: „Sozialkompass“) verbreitet werden. Eine entsprechende gesetzliche Grundlage, die es Energieunternehmen verpflichten würde eine vermittelnde Stelle zu nennen, kann bereits einen leichteren Zugang zu einem bestehenden Fördernetz ermöglichen.

Eine Vernetzung relevanter Akteure und bestehender Maßnahmen kann jedoch auch den bürokratischen Aufwand für die betroffenen Haushalte entschieden minimieren. Tarifikalculatoren und Online Plattformen (in England z.B. „Turn2us¹³) können bereits im Vorhinein Klarheit über die Anspruchsberechtigung schaffen und eine überflüssige Antragsstellung verhindern. Zudem geben solche Plattformen einen Überblick über das gesamte Fördernetz und somit weitere hilfreiche Maßnahmen gegen Energiearmut.

6. Conclusio

In diesem Bericht wurde versucht auf Grundlage bereits bestehender Evaluationsprojekte als auch anhand von Betroffeneninterviews, einen Überblick über Barrieren und Grenzen bei der Inanspruchnahme von Maßnahmen gegen Energiearmut zu geben und mögliche Strategien zur Überbrückung dieser aufzuzeigen.

Menschen, die hohe Energieverbräuche haben und diese dann nicht zahlen können müssen nicht zwangsweise Menschen sein, die mit Energie locker umgehen, sondern in deren Situation sehr oft bestimmte Lebensumstände dazu führen. Viele Haushalte befinden sich daher in einem Teufelskreis: Da sie sich in einer finanziell angespannten Lage befinden, sind sie oftmals auf alte, energieineffiziente Geräte angewiesen. Vor dem Hintergrund ihrer Lebenssituation weisen diese Haushalte zudem einen höheren Energieverbrauch auf als jene Haushalte, die nicht von Energiearmut betroffen sind. Dadurch entstehen proportional höhere Kosten, die die Problemlage der Personen verschärfen können.

Überdies können Barrieren, zum einen Seitens der Akteure des Fördernetzes, zum anderen auch seitens der Betroffenen dazu führen, dass diese Maßnahmen nicht in Anspruch nehmen. Durch die Evaluation bestehender Maßnahmen und die Berücksichtigung der „lessonslearned“ können diese Barrieren überwunden und den betroffenen Haushalten der Zugang zu einem sozialen Netz erleichtert werden.

¹² <http://www.nachhaltigkeit.wienerstadtwerke.at/daseinsvorsorge/energieversorgung/energiearmut.html>

¹³ <http://www.turn2us.org.uk/>

7. Quellenverzeichnis

- Boardman, Brenda (2010): *Fixing fuel poverty. Challenges and Solutions*, London.
- Dresner, Simon & Ekins, Paul (2006): Economic Instruments to Improve UK Home Energy Efficiency without Negative Social Impacts. In: *Fiscal Studies*, vol. 27, no. 1, pp. 47 – 74
- Friedl, Christina (2012): *Energiearmut in privaten Haushalten. Eine Bestandsaufnahme für Oberösterreich im Umgang mit energiearmen Personen*. In: *WISO 3/2012*. Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
- Harrington et al. (2004): Keeping warm and staying well: findings from the qualitative arm of the Warm Homes Project. In: *Health and Social Care in the Community* 13(3), 259 - 267
- Healy, John D. & Clinch, J. Peter. (2004): Quantifying severity of fuel poverty, its relationship with poor housing and reasons for non – investment in energy – saving measures in Ireland. In: *Energy Policy* 32 (2004) 207 - 220
- Kopatz Michael, Spitzer Markus & Christanell Anja (2010): *Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
- Mundt, Alexis & Amann, Wolfgang (2009): *Evaluierung der Subjektförderung in Wien. Endbericht im Auftrag des Landes Wien*
- Novikova, Aleksandra et. al. (2011): *Informationsinstrumente zur Förderung von Energieeinsparungen im Wohngebäudebestand*. Leibnitz – Informationszentrum Wirtschaft
- Przyborski, Aglaja & Wohlrab – Sahr, Monika (2010): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
- Sagl, Marie – Therese & Feuerstein, Christine (2013): *Wohnumfeld und soziale Ressourcen älterer Stadtbewohnerinnen und –bewohner*. In: Plé et al. (2013): *Ökotopia. Ressourcenschonung in der Stadtteilentwicklung*
- Schenk, Martin (2009): *Umwelt Sozial Besser – Umwelt und Sozialpolitik besser verknüpfen*. Wien: Ökobüro
- Seebauer, S. & Steiner, C. (2013): *Energiearmut in der Grazer Bevölkerung: Situationsanalyse und politische Handlungsoptionen*. Wegener Center für Klima und Globalen Wandel
- Stocker, Andreas et. al. (2011): *Verteilungseffekte und Reformoptionen ausgewählter energiepolitischer Maßnahmen*. Wien: SERI Nachhaltigkeitsforschungs und –kommunikations GmbH
- Veigl-Guthann, C. (2013): *Maßnahmen gegen Energiearmut. Vortrag bei der Fachtagung "Armutsfälle Energie?"* der E-Control, 14.11.2013.
- Vulnerable Consumer Working Group Guidance Document on Vulnerable Consumers, November 2013
- Wright, Fay (2004): *Old and Cold: Older People and Policies Failing to Address Fuel Poverty*. In: *Social Policy & Administration* ISSN 0144 – 5596. Vol. 38, No. 5, October 2004, PP. 488 - 503